

Nushası 5 Krustur

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN		HARIÇ İÇİN	
Aylık	Türk lirası 1.50	R.M.	5.-
Üç aylık	" " 4.25	" "	13.-
Altı aylık	" " 8.-	" "	25.-
Bir senelik	" " 15.-	" "	50.-

yahut mukabili.

İdarehane

Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
Posta Kutusu: Galata 269.

Preis der Einzelnummer: 5 Krus

BEZUGSPREISE:

Inland		Ausland	
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M.	5.-
" 3 Monate	" 4.25	" "	13.-
" 6 Monate	" 8.-	" "	25.-
" 12 Monate	" 15.-	" "	50.-

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:

Tekke-Strasse Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

5. Jahrgang Nr. 246

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Stambul, Sonntag, 7. Sept. 1930

SERVICE

Zusammenstöße in Smyrna.

Demonstrationen und Kundgebungen.

Smyrna, 5. September. Die Volkspartei trat in der Nacht zusammen und beschloss, mit einer Kundgebung auf die Tags zuvor erfolgten Kundgebungen für Fethi Bey zu antworten. Eine zahlreiche Menge bestehend aus Mitgliedern der Volkspartei, unter der sich auch die Sekretäre der Parteiorganisation und Abgeordnete befanden, zog zu dem Park Bahri Baba. Dem Zuge schlossen sich zahlreiche Personen aus der Umgebung Smyrnas an.

Vor dem Ismir Palast hatten sich indessen eine Anzahl von Personen zu Kundgebungen für Fethi Bey versammelt. Gegen 17.30 Uhr zogen die Anhänger Fethi Beys in Gruppen durch die Stadt. Eine von ihnen ging vor das Gebäude der Zeitung „Anadoluh“, die gegen die liberale Partei Stellung genommen hatte, und begann die Fenster-scheiben einzuwerfen. Die Manifestanten drangen dann in das Gebäude ein und griffen den Redakteur Nuri Bey an. Nuri Bey musste schwören, nichts mehr gegen Fethi Bey zu schreiben und entging so den Drohungen der Menge. Unterdessen waren der Polizeikommissar Hajim Bey und ein Gendarm eingetroffen, um die Druckerei zu schützen. Etwa 10 Minuten später bemerkte man von einer Strassenecke her eine andere Gruppe auf das Zeitungsgelände zu kommen. Diese neu anstürmende Menge stiess Beschimpfungen und Todesdrohungen gegen die Redakteure aus. Dann rissen sie das Pflaster auf und bewarfen das Gebäude mit Steinen. Im Innern des Gebäudes befand sich der Redakteur Redschet Bey, fünf Setzer und die beiden Polizeibeamten. Einer der Beamten wurde durch einen Stein verletzt. Die Beamten versuchten dann, die Menge am Eindringen in das Gebäude zu hindern, aber niemand gehorchte. Sie machten dann, da alle Drohungen nichts nützten, von der Schusswaffe Gebrauch. Aus der Menge wurde mit Revolver-schüssen geantwortet. Im Laufe des kurzen Feuergefechts wurde eine Person getötet, vier schwer und drei leicht verletzt. Der Getötete ist ein 17-jähriger Schüler mit Namen Kemal. Schwer verletzt wurden ein 19-jähriger Jusuf Oglu Mehmet, ein 24-jähriger Nurioglu Mustafa, ein 28-jähriger Hafis Ali und eine 20-jährige Sekie. Diese und die drei Leichtverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Jetzt erschien eine Abteilung Infanterie und versuchte die Menge auseinanderzutreiben. Diese aber zog mit dem Körper des getöteten Kemal vor den Ismir Palast und forderte Fethi Bey herauszukommen. Fethi Bey erschien auf dem Balkon und mahnte die Manifestanten zur Ruhe, indem er ihnen wiederholte sagte: „Wer die Republik liebt, tut sich von jeder Ordnungsbewahrung fernzuhalten.“

Inzwischen hatte sich ein Teil der Menge von den Klub der Volkspartei begeben und begann hier ebenfalls Steine gegen das Haus zu werfen. Der Justizminister befand sich in dem Gebäude. Man glaubte zunächst, dass es sich um die Rückkehr der Anhänger der Volkspartei von der Volksversammlung im Park von Bahri Baba handelte. Schliesslich aber hörte man die Rufe der Manifestanten: „Wir kennen keine Volkspartei. Es lebe Fethi Bey!“ Die ganze Bejlerstrasse ging einem stürmischen Meer. Der Inspektor der Volkspartei Sühti Bey und verschiedene andere Persönlichkeiten befanden sich im Klub. Sie versammelten sich auf der Terrasse und antworteten auf die Rufe der Manifestanten mit den Worten: „Es lebe der Gast, es lebe İsmet Pascha!“ Ihre Rufe aber wurden durch die Menge erstickt. Ein Mitglied der Partei bezeichnete die Menge als „ehrlose Nation“, worauf die Manifestanten ausser sich gerieten und in das Innere des Hauses einzudringen suchten. Die telefonisch benachrichtigte Polizei erschien jedoch noch rechtzeitig auf dem Platz, um Weiterungen zu verhindern. Ein Mitglied der Volkspartei wurde durch einen Steinwurf verletzt.

Die Nachricht von den Zusammenstößen war inzwischen auch in das Ge-

fängnis gedrungen, wo die Gefangenen sich zu befreien versuchten. Es gelang jedoch, ihrer Herr zu werden. Das Gefängnis und der Klub der Volkspartei befinden sich unter strengster Ueberwachung.

Die Verhaftungen.

Smyrna, 6. September (A.A.) Von den der Staatsanwaltschaft übergebenen 35 Urhebern der Zwischenfälle wurden neun in Haft behalten. Unter diesen befinden sich der Kommunist Kerim, Tschatal Kafa Ahmet, Jusuf und ein Vorbestrafter namens Schewki. Die in Umlauf gesetzten und bis in die Stambuler Presse gedruckenen Nachrichten über die Verhaftung von 300 Personen entbehren jeder Grundlage.

Fethi Beys Rede.

Die grosse Antwortrede Fethi Beys ist auf Montag verlegt, da die Formalitäten noch nicht abgeschlossen werden konnten. Fethi Bey empfängt weiter Besuche von Delegationen. Die Organisation in Smyrna ist fast beendet. In Tilki wurde ein Gebäude für die neue Partei gemietet.

Erklärungen İsmet Paschas.

Der Ministerpräsident İsmet Pascha gab zu den Zwischenfällen in Smyrna folgende Erklärungen: „Es ist ausserordentlich bedauerlich zu sehen, dass der Streit um Ideen sich zu Zwischenfällen auswächst, die ein Eingreifen der Polizei notwendig machen. Die Unruhestifter werden selbstverständlich verfolgt werden. Ich hege nicht den geringsten Zweifel, dass diese Zwischenfälle durch Personen verursacht wurden, die ihre wahren Absichten verschleiern.“

Alle Gesetzesverfehlungen werden von den Gerichten streng bestraft werden. Ich habe den örtlichen Behörden die notwendigen Weisungen erteilt, Massnahmen zu ergreifen, die dem Führer der Opposition und seinen Anhängern gestattet, frei und in vollster Sicherheit ihre Meinung zu äussern. Was ich erwarte, ist die Idee und die Erläuterung dieser Idee. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die Nation irgend eine Idee annehmen wird, ohne sich über ihren tatsächlichen Inhalt Rechenschaft zu geben.“

Erklärungen des Wali von Smyrna.

Der Wali von Smyrna, Kiasim Pascha, gab zu den Zwischenfällen am Tage der Ankunft Fethi Beys folgende Erklärungen ab:

Die Tage, an denen Flaggen gehisst werden dürfen, sind durch ministerielle Verordnungen festgelegt. Die Behörden haben nichts anderes als ihre Pflicht getan. Das Aufhissen von Flaggen war teilweise auf Anstiften gewisser Agitatoren geschehen. Unter den am Kai versammelten Personen befanden sich auch Agitatoren, die der Polizei seit langem bekannt waren. Diese haben einen Polizisten ins Meer geworfen, andere beschimpft, einen Kommissar gehohlet und einen anderen mit dem Messer bedroht. Dies ist moralisch wie gesetzlich gleich verwerflich. Die Täter konnten den Gerichten überantwortet werden. Es handelt sich um die Fischer Kellern, Hakki und Sia, einem gewissen Ahmet und einem wegen kommunistischer Umtriebe Vorbestraften namens Kerim.

Hoesch bei Briand.

Paris, 6. Sept. (A.A.) Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte eine längere Unterredung mit Außenminister Briand über Fragen, die bei der nächsten Völkerbundtagung zur Debatte stehen werden.

Cholera in Persien?

Teheran, 6. Sept. (A.A.) Aus Kelat werden einzelne Cholerafälle gemeldet. Aus anderen persischen Städten werden indessen irgend welche neue Fälle von Cholera nicht gemeldet.

Spannung in Indien.

Zum Abbruch der Verhandlungen.

Kalkutta, 6. Sept. (A.A.) Die Veröffentlichung der zwischen dem Vizekönig und den verhafteten Führern der indischen Nationalisten geführten Korrespondenz läßt es klar erkennen, daß die Nationalisten ihre Forderungen nicht eingeschränkt haben. Sie verlangen:

1. das Recht, sich vom britischen Imperium zu trennen,
2. die Errichtung einer nationalen indischen Regierung, die dem Volk verantwortlich sein soll,
3. das Recht der Kontrolle der Nationalverteidigung und der Finanzen,
4. die Überweisung der britischen Eigentumsansprüche und Konzessionen einschließlich der indischen öffentlichen Schuld zur Prüfung an ein gemischtes Gericht und
5. die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, die nicht eines Verbrechens überführt wurden, die Wiederverteilung aller von ihnen beschlagnahmten Güter und die Rückerstattung aller Geldstrafen, die sie bezahlen mußten.

Die Nationalisten würden diese Bewegung des zivilen Ungehorsams beenden, wenn diese Forderungen erfüllt werden, aber nicht die Agitation vor den Verkaufsräumen für alkoholische Getränke, den Verkaufsläden für fremde Stoffe und den Salzdepots. Die Antwort des Vizekönigs, die durch Vermittlung von Sir Tej Sabru und Jajakar übergeben wurde, sagt, daß die Nationalisten sich weigern, den Schaden anzuerkennen, der dem Gedeihen Indiens durch die Bewegung des zivilen Ungehorsams zugefügt wird, und daß keine fruchttragenden Erfolge zu erwarten sind, wenn man versucht, die Vor-

schläge der Nationalisten im Einzelnen zu prüfen. Der Vizekönig ließ in seinem Schreiben wissen, daß die von den Behörden erteilten besonderen Verordnungen aufgehoben würden, daß die Freilassung der politischen Gefangenen empfohlen würde und daß er sich für die Vertretung des Kongresses bei der Rundtischkonferenz zum Studium der zukünftigen Verfassung Indiens einsetzen werde, wenn die Bewegung des zivilen Ungehorsams beendet würde.

Kalkutta, 6. Sept. (A.A.) In einem Artikel über den Abbruch der Verhandlungen schreibt ein hiesiges Blatt, daß die Veröffentlichung der Korrespondenz klar gezeigt habe, daß die Verhandlungen nicht zu einem guten Ende führen könnten. Die Bedingungen Ghandis seien derart, wie man sie nur einem besiegten Feinde stellt. Die Zeitung sagt, daß man in Indien und in Großbritannien von Ton der Briefe, der eine ganze falsche Auffassung von der Stellung der beiden Parteien gibt, unangenehm überrascht sein würde.

Kalkutta, 6. Sept. (A.A.) Aus Isampur wird berichtet, daß ein Polizeidetachment von ungefähr 250 Köpfen in den Bezirk Tartara abkommandiert wurde. Das Detachment beabsichtigt einen Besuch im Dorfe Bilschi, wo ungefähr 4,000 Menschen sich versammelt haben um gegen Gesetz und Behörden vorzugehen. Die Agitation begann kürzlich durch Zerstörung der Wälder, Verweigerung der Steuerzahlungen und durch Angriffe auf Polizeibeamte, die sich zurückziehen mußten. Die Agitatoren entfalteten die Nationalfahne und erklärten, daß sie bis zum Ende kämpfen würden.

Politische Wochenschau.

Stambul, 6. September

Es ist nun einmal so: man mag über den Völkerbund verschiedener Meinung sein, aber seine Sitzungen sind doch immer ein internationales Ereignis. Er ist eben, vielleicht nicht seinem augenblicklichen Zustand nach, aber wegen der Möglichkeiten, die sich in ihm bergen, oder die man ihm gern zuschreibt, das markanteste politische Gebilde unserer Epoche. Der Völkerbund ist, oder sollte wenigstens das Weltgewissen sein, vor dem die politischen Ereignisse periodisch Revue passieren. Auch auf dieser Sitzung werden dem Völkerbund verschiedene Gewissensfragen vorgelegt werden. Aber wird er sie gründlicher beantworten, als bei früheren Gelegenheiten? Wird er es offen zugeben, daß zwischen den Großmächten, die sein Fundament bilden, ein krisenhafter Zwist ausgebrochen ist, oder wird er dies als Familienangelegenheit schamhaft und mit gewohnter Geschicklichkeit zudecken? Die Krise setzt sich bis in die Eingeweide des Instituts selbst, mit anderen Worten bis in sein Sekretariat, wie dies bereits an dieser Stelle besprochen wurde, fort. Gewissensfragen werden dem Völkerbund auch durch andere Probleme, die auf der Tagesordnung stehen, gestellt werden. Dazu gehört wohl kaum die Abrüstungsfrage, wenn auch in dieser Angelegenheit zwischen der Londoner Seekonferenz und Genf gewisse Fäden bestehen. Aber das Londoner Vermächtnis, das nur einen Teil des Abrüstungsproblems bildet, dürfte kaum abgetrennt von dem Gesamtkomplex der Frage behandelt werden. Dies umso mehr, da im November — falls nicht wieder ein Aufschub eintritt, die Abrüstungsfrage in ihrer ganzen Ausdehnung von der Abrüstungskommission wieder aufgenommen werden soll. Dies Gremium ist begreiflicherweise in dieser Frage kompetenter, als der Völkerbund, da in ihm auch solche wichtige internationale Kräfte, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, die Sowjet-Union und die Türkei, die im Völkerbund fehlen, vertreten sind. Ueber Abrüstung und Sicherheit wird auf dieser Sitzung des Völkerbundes direkt vielleicht nicht viel verhandelt werden, aber der Schatten dieser Probleme wird auf den wichtigsten Fragen, die zur Beratung kommen, liegen.

Auch Briand's Pan-Europa wird davon keine Ausnahme machen, wenn es auch sonst von vielen als eine Diversion gewertet wird, die die Aufmerksamkeit gerade von dem Problem der Abrüstung und einigen anderen berennenden Problemen ablenken soll. Unter ihnen wird auf dieser Sitzung das wichtigste von ihnen — die Revision der Verträge — wohl nicht der Form nach berührt werden, denn der Zeitpunkt dafür scheint noch nicht gekommen. Es braucht nicht mit diesem für gewisse Länder so schrecklichen Namen benannt zu werden, aber unter welchem Namen es auch figurieren mag, ganz zu umgehen wird es nicht sein. Denn auf seinem Grund liegen die Beziehungen der drei kontinentalen Kräfte die wirklich zählen — Frankreich, Deutschland und Italien. Die Synthese dieser drei Elemente bildet auch die Essenz der Sicherheitsfrage, die Europa bewegt. Was hat nun Frankreich, das mit Deutschland zu keinem Einverständnis gelangen konnte, getan um sich mit Italien zu verständigen? Diese Frage stellt die italienische Presse und beantwortet sie mit der weiteren Frage, was Frankreich in dieser neuen Phase der europäischen Politik anderes geboten hat, als eine egoistische Verstärkung seiner Rüstungen. Kann Guntendios zwischen der Sicherheit Aller und der Sicherheit allein Frankreichs schwanken? Welche These wird schließlich als die richtige proklamiert werden, die These Frankreichs, „erst Sicherheit, dann Abrüstung“, oder die These anderer Länder und unter anderem Italiens: „erst Abrüstung, dann dann kommt die Sicherheit von selbst?“ Erst Revision der Verträge und dann Pan-Europa, sagt jetzt auch Italien und mit ihm eine Reihe anderer Länder. Die großen Probleme der Jetztzeit befinden

Revolution in Argentinien?

Die Aufständischen marschieren auf Buenos Aires.

Buenos Aires, 6. September. In Argentinien ist heute die Revolution ausgebrochen. Die südargentinischen Garnisonen haben sich gegen die Regierung erhoben und marschieren auf Buenos Aires. Die Aufständischen stehen unter der Führung des Generals Urisiru. Die Aufständischen verlangen die sofortige Amtsenthebung des Präsidenten Trigoynen. Die Truppen in Buenos Aires sollen zum grossen Teil mit den Aufständischen sympathisieren. Die Haltung der argentinischen Marine ist zweifelhaft. In der Hauptstadt verfügt die Regierung an sicheren Truppen nur über 5000 Polizisten.

Buenos Aires, 6. Sept. (A.A.) Ein Dekret des Vizepräsidenten verhängt über die Hauptstadt für 30 Tage den Belagerungszustand um in normale Verhältnisse zurückzuführen und allen Unruhen durch die Bevölkerung vorzubeugen.

Bei einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und einem von Studenten organisierten Demonstrationzug, der sich gestern abend ereignete, gab es 2 Tote und mehr als 30 Verwundete. Die Demonstranten versuchten, in das Regierungsgebäude einzudringen, wurden aber durch die Polizei und Militär daran verhindert. Die Polizei trieb die Demonstranten auseinander.

Nach der „La Nacion“ sollen die Mitglieder des Kabinetts nach einer Besprechung mit dem Präsidenten Trigoynen, diesem die Gesamtdemission der Regierung einschließlich des Rücktritts des Präsidenten zum Nutzen des Landes angeboten haben. Der Präsident habe sich aber nicht dazu entschließen können.

Die Lage ist sehr gespannt. Die städtischen Theater haben geschlossen und die Hauptverkehrsstraßen sind leer.

Buenos Aires, 6. Sept. (A.A.) Die Bekanntgabe des Entschlusses des Präsidenten Trigoynen, seine Machtbefugnisse dem Vizepräsidenten zu übertragen, hat in den Hauptstrassen der Stadt grosse Unruhe hervorgerufen. Obwohl man die Nachricht erwartete, war der Erfolg doch niederschmetternd. Vor fast allen Zeitungen fanden Tumulte und Schlägereien statt. Eine strenge Zensur ist eingerichtet. Versammlungen in den Strassen sind verboten.

Vom Katastrophengebiet in San Domingo.

San Domingo, 6. Sept. (A.A.) Die Behörden sich angesichts des vollständigen Mangels an Lebensmitteln, Medikamenten und Bekleidungsstücken für die von der Katastrophe betroffenen Bevölkerung in sehr schwieriger Lage. Die Stadt San Domingo ist vollkommen isoliert. Die Bewohner sind noch bestürzt von der Katastrophe. Mehr als die Hälfte der Stadt ist eine Ruine. Das Eingeborenenviertel wurde buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht. Die Einwohner sind ohne Licht, Wasser und Lebensmittel.

Der Präsident Trujillo hatte eine Konferenz mit dem Gouverneur Roosevelt, welcher darüber unterrichtet wurde, daß keine Europäer zu Schaden gekommen sind. Ein Fond vom Roten Kreuz wird zur Verfügung gestellt, um Medikamente und andere dringende Bedarfsgegenstände zu beschaffen.

Von der Insel Domenica fehlen jede Nachrichten. Man weiß nur, daß der Orkan vier Tote gefordert hat und dass die Kulturen zerstört sind.

Newyork, 6. September (A. A.) Die ahl der Tolen in Santo Domingo hat sich auf etwa 2000 erhöht. Viele starben infolge der äusserst schlechten sanitären Verhältnisse. Der Friedhof ist durch Überschwemmungen zerstört. Das Wasser hat teilweise die Leichen aus der Erde gespült und davongetragen. Viele Gruppen von Personen wandern ziellos, verzweifelt und hoffnungslos umher.

Der Staatspräsident. Der Staatspräsident unternahm gestern in Begleitung des Ministerpräsidenten und einigen Herren seines Gefolges eine Autofahrt nach Schischli, Topkapu und Edirne Kapu.

Mahmut Essad Bey dementiert.

Der Justizminister Mahmut Essad Bey, der sich gegenwärtig in Smyrna befindet, hat das Gerücht über seine Rücktrittsabsichten kategorisch dementiert.

Redschet Bey.

Aus Ankara wird berichtet, dass der Minister für öffentliche Arbeiten Redschet Bey eine Inspektionsreise antreten hat. Er wird nacheinander Kutahia, Balikessir, Manissa und Denizli besuchen.

Ein Rundschreiben des Innenministers.

Ankara, 6. September (A.A.) Der Innenminister hat folgendes Rundschreiben erlassen:

„Aus Berichten, die das Innenministerium erhalten hat, geht hervor, dass in Folge gewisser Veröffentlichungen eine Propaganda in Szene gesetzt wurde, die die Bürger aufforderte, ihre Pflichten zu vernachlässigen. Die Propaganda besagt, dass der Heeresdienst abgeschafft, das Tragen des Fez wieder erlaubt und die arabischen Buchstaben wieder eingeführt würden. Diese Propaganda verfolgt reaktionäre Ziele. Die Bevölkerung aufzuwecken, den Gesetzen nicht zu gehorchen, ist eine ebenso strafbare Tat, als wenn man dies selbst macht. In den Demokratien ist die gefährlichste Auffassung die der Demagogie. Derartige Propaganda kann das Land, wenn sie sich ausbreitet, in die Anarchie führen.“

Ich bitte daher die Leiter der Behörden und alle Beamten, die für die Ordnung und die öffentliche Ruhe im Lande verantwortlich sind, die Anwendung der Gesetze zu überwachen und die Autorität und das Ansehen des Staates hochzuhalten. Vor allem aber bitte ich sie, alle gesetzlichen Mittel in Anwendung zu bringen, der Propaganda zu begegnen, indem aufklärend gewirkt wird, die Agitatoren zu verfolgen und sie dem Gericht zu übergeben, und so zu verhindern, dass unwissende Bürger sich einfangen lassen und Schaden erleiden.

Kurz gesagt ist es also nötig, dass die Achtung vor den in Kraft befindlichen Gesetzen bei der Bevölkerung gesichert bleibt, ohne dass Ungerechtigkeiten und Ungesetzlichkeiten gegenüber der Freiheit und der Würde der einzelnen Person vorkommen.“

Austauschkommission.

Nach Berichten der Unterkommission in Gümüschina der Gemischten Austauschkommission wurden in Westthrazien bisher an 3000 Türken Wohnscheine ausgegeben.

Der türkische Delegierte bei der Kommission, Tewfik Kiamil Bey erklärte, dass er über Schwierigkeiten seitens der griechischen Behörden gegenüber den Arbeitern der Unterkommission in Gümüschina keinerlei Nachrichten habe. Sollten die Gerüchte zutreffen, so würde man die Schwierigkeiten in freundschaftlicher Form gemeinsam beheben.

Italienischer Flugzeugbesuch.

Zehn italienische Militärflugzeuge werden in diesen Tagen von Rom und Mailand aus einen Flug über Osteuropa unternommen. Die Flugzeuge werden über Budapest, Belgrad, Sofia, Warna nach Bukarest fliegen, wo sie an einem internationalen Flugmeeting, das von der rumänischen Luftflotte veranstaltet wird, teilnehmen werden. Von Bukarest aus werden die italienischen Flugzeuge nach Stambul starten, wo sie einige Tage verbleiben werden. Von hier aus werden die Flugzeuge über Drama, Larissa, Athen nach Tirana zurückfliegen. Die von den Flugzeugen zurückgelassene Strecke wird mehr als 4000 km betragen. Das Geschwader setzt sich aus einem grossen dreimotorigen Camproni-Flugzeug „Cr 101“ und 9 Camproni „Cr 20“ Kampfflugzeugen zusammen.

Gestriger Schluss-Kurs: 1 Reichsmark = 50.25 Pfaster.